

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 28.

Paderborn, 6. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Garmond-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt werden noch fortwährend angenommen und die früher erschienenen Nummern vollständig nachgeliefert. Auswärtige wollen bei der nächstgelegenen Postanstalt ihre Bestellungen machen, damit die Zusendung sofort erfolgen kann.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes.

Deutschland. Berlin (die Kammern; Nachwahlen; Benachrichtigung des Ministers für Handel u.; Kammer-Verhandlungen); Arnberg (Erstwahl); Frankfurt (die Nationalversammlung; Schreiben von Gengen's); Wien (vom Kriegsschauplatz in Ungarn); Ostrowo (Kriegsrüstungen in Rußland).

Italien. (Protest des Papstes; General Laugier für den Großherzog von Toskana).

Ver mis ch tes.

R. Paderborn, 28. Februar 1849.

Grundrechte des deutschen Volks.

(Fortsetzung.)

§. 4. Kein deutscher Staat darf zwischen seinen Angehörigen und andern Deutschen einen Unterschied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeß-Rechte machen, welcher die Letzteren als Ausländer zurücksetzt.

Es waren nur noch wenige Staaten in Deutschland, welche in der Rechtspflege zwischen ihren Einwohnern und denen anderer Staaten einen Unterschied machten. Diese Unterschiede mußten wegfallen; denn was dem einem Deutschen Recht ist, ist dem andern billig. Ueberall muß gleiches Recht und gleiche Freiheit in dem nach völliger Einheit strebenden Deutschland geschaffen werden.

§. 5. Die Strafe des bürgerlichen Todes soll nicht stattfinden und da, wo sie bereits ausgesprochen ist, in ihren Wirkungen aufhören, soweit nicht hierdurch erworbene Privat-Rechte verlegt werden.

Der bürgerliche Tod besteht darin, daß Verbrecher vermöge richterlichen Spruchs vor dem Geseze als todt angesehen werden. Ihr Vermögen fällt dem gemäß an die Erben, sie können nichts mehr erwerben, ihre Frauen sind Wittwen und können sich wieder verheirathen. Daß eine solche unnatürliche Strafe abgeschafft ist, gereicht unsern Vertretern zu Frankfurt zur Ehre.

§. 6. Die Auswanderungsfreiheit ist von Staatswegen nicht beschränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutze und der Fürsorge des Reichs.

Wer in frühern Zeiten von einem Staate in den andern verzog, mußte von seinem Vermögen, was er mitnahm, ein Abzugsgeld oder Nachsteuer entrichten. Diese Nachsteuer wurde auch dann gefordert, wenn einem Fremden eine Erbschaft im Inlande zufiel oder wenn Söhne oder Töchter von Inländern sich auswärts verheiratheten oder sich häuslich niederließen und eine Aussteuer von ihren Eltern erhielten. Für die deutschen Staaten sind diese Nachsteuern schon durch die Bundesacte vom 8. Juni 1815 Art. 18 aufgehoben. Jetzt kann jeder Deutsche überall hin frei auswandern, ohne sich vorher durch eine Abgabe von dem Staate, welchen er bisher angehörte, loskaufen zu müssen. Gewiß gehört das zur Freiheit, daß sich jeder da, wo es ihm gefällt, eine neue Heimath suchen kann. — In den leßtern Jahren wanderten jährlich über 100,000 Deutsche, meistens nach Amerika aus. So bald diese den deutschen Boden verlassen hatten, bekümmerten sich unsere Regierungen um deren Schicksal nicht

weiter. Sie waren sich selbst überlassen. Ohne Rath, ohne Schutz und Hülfe betraten sie das fremde Land und waren den Bedrückungen und Betrügereien der Spekulantten bloßgestellt. Viele Tausend sind bedauernswerthe Opfer derselben geworden. Endlich ist auch bei uns das Nationalgefühl zum Durchbruch gekommen. Von jetzt an soll den Auswanderern vom deutschen Reiche Schutz und Hülfe gewährt werden. Es ist eine Schande für uns, daß wir unsere Mitbrüder im Auslande so lange haben beschimpfen und unterdrücken lassen.

Fortsetzung folgt.

Deutschland.

Berlin, 1. März. Die Rechte und die Linke halten in der 2. Kammer vorläufig die Wage; ein räumliches Centrum gibt es durch die Bänke nicht, es wird sich indessen durch geistige Bedingungen hoffentlich trotz der Bänke gestalten und erheben und die mechanische Abtheilung überwinden. Einige Heiterkeiten würzten die zuweilen etwas verworrenen Debatten. Ernsteren Eindruck hat das Auftreten des Abgeordneten von Unruh geschaffen. Denn seine kurze Schlussrede gegen seinen Vorredner schloß er mit der aufs freudigste überraschenden Wendung, daß er um den uranfänglichen Frieden der Parteien herzustellen, der weiteren Diskussion enttage. Der laute Beifall der Versammlung, das geflüsterte „vortrefflich!“ der Tribünen gaben ihm die aus vollen, frischen Herzen ertheilte Anerkennung darüber, daß er ein edles Wort gesprochen und eine Richtung bezeichnet hat, der wir ihn und seine Freunde um Alles gern weiter folgen möchten! —

Berlin, 1. März. Heute Vormittag sind bei den Nachwahlen für die zweite Kammer zu Abgeordneten gewählt die Herren Jung, Simon, Reuter und Ziegler.

Berlin, 28. Februar. Von dem Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist heute nachfolgende Benachrichtigung an den Handelsstand der Ostsee-Provinzen erlassen worden: „Die Königl. dänische Regierung hat in einer vom 23. d. M. datirten, am 26. d. M. übergebenen Note erklärt: daß Se. Maj. der König von Dänemark sich durch die Malmöer Waffenstillstands-Convention nicht über die ursprünglich für dessen Dauer verabredeten 7 Monate gebunden halten, und daß folgeweise die gedachte Convention am nächsten 26. März ihre Endschafft erreicht haben werde. — Es ist zwar diese Erklärung mit der Bemerkung begleitet worden, daß die Königl. dänische Regierung sich der vertrauensvollen Hoffnung hingabe, es werde der gefaßte Entschluß nicht zu einer Erneuerung der Feindseligkeiten führen, und es berechtigen zwar ferner die jetzt unter englischer Vermittelung in London eröffneten Friedens-Unterhandlungen zu der Hoffnung, daß es gelingen werde, noch vor dem wirklichen Ablaufe des Waffenstillstands wenigstens die Friedens-Präliminarien festzustellen, da sich indeß der Erfolg nicht mit Sicherheit voraussagen läßt, so beile ich mich, den Handelsstand in den Seehäfen von der Lage der Sache hierdurch in Kenntniß zu setzen, und ihm die den Umständen entsprechende Vorsicht zu empfehlen, indem ich zugleich die Zusicherung aussprechen kann, daß die Staats-Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel ergreifen wird, welche geeignet sind, den diesseitigen Handel vor Verlusten zu schützen.“ —

C Berlin, den 1. März. In ihrer ersten Sitzung am 27. Februar waren beide Kammern mit ihrer vorläufigen Constituierung und mit der Berathung einer vorläufigen Geschäftsordnung beschäftigt. In der ersten Kammer übernahm Herr Bracht als Alterspräsident den